

## Die Quote zählt nicht

Chancengleichheit für Migranten im Staatsdienst

**(BS//f/ckö)** Elf Dialogforen sollen bis zur parlamentarischen Sommerpause durchgeführt werden. Ihre Ergebnisse sollen in den Aktionsplan zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes (NIP) einfließen. Für ein Forum mit Bezug auf die Verwaltung richtete das Bundesministerium des Innern (BMI) eigens eine Projektgruppe ein.

Die zeitlich befristete Projektgruppe in der Dienstrechtsabteilung des BMI betreut das Thema "Migranten im Öffentlichen Dienst". Ziel des gleichnamigen Forums ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Durch konkrete Zielbestimmungen und integrationsfördernde Maßnahmen solle einerseits der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der öffentlichen Hand erhöht werden. Andererseits müssten auch die Mitarbeiter für die interkulturelle Vielfalt sensibilisiert werden, erklärte ein Sprecher des Ministeriums.

Dabei geht es nicht darum, den Anteil von Migranten an den Beschäftigten der Verwaltung über Quoten zu reglementieren. Vielmehr sollen für alle Bewerber des Öffentlichen Dienstes die gleichen Startchancen bestehen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Bereits im November 2010 ist das Dialogforum "Medien und Integration" im Bundeskanzleramt gestartet. Auch in den Medien solle sich die Vielfalt der Menschen stärker wiederfinden, betonte Staatsministerin Maria Böhmer während der Auftaktveranstaltung.

Wie im NIP bereits angekündigt, sollen die Themen der Foren im Rahmen eines partnerschaftlichen Dialogs zwischen allen am Integrationsprozess beteiligten Akteuren bearbeitet werden. Ne-

ben Bund, Ländern und Kommunen sind dies Verbände und Migrant\*innenorganisationen. Hemmnisse bei der Auswahl und Einstellung von Bewerbern sollen so abgebaut werden und damit den Menschen mit Migrationshintergrund eine Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen sowie Antworten auf die Herausforderungen der demographischen Entwicklung und den drohenden Fachkräftemangel gegeben werden.



Die Ergebnisse der Dialogforen sollen vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause an die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration übermittelt werden. Aus den einzelnen Abschlussberichten soll ein Gesamtericht erstellt werden, der im Dezember 2011 der Ministerpräsidentenkonferenz sowie dem Bundeskabinett zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Da die Infos beim Anhalten der Augen aufgenommen werden, sollten Sie vorrangig die Zahl dieser Augenhalte (sog. Fixationen) verringern. Während ein Lesefänger noch jeden einzelnen Buchstaben aufnehmen muss, um den Wortsinn zu erfassen, fixieren geübtere Leser meist einmal je Wort, bei längeren Wörtern vielleicht auch zweimal. Die Blickspanne unserer Augen ermöglicht es uns aber mehr Wörter auf einen Blick aufzunehmen. Bei einer Zeile mit zum Beispiel zwölf Wörtern benötigt ein fortgeschrittener Leser dann nur noch vier statt zwölf Augenhalte und damit nur noch ein Drittel der Zeit.

Zu Beginn ist ein formalisiertes Vorgehen vorteilhaft. Dazu teilt eine über den Text gelegte Folie mit zwei bis vier Strichen die Zeilen in gleich große Blöcke. Ziel des Durchgehens durch den Text ist es dann, die zwischen den Strichen gedruckten Worte mit einem Augenhalt zu erfassen. Üben Sie diese Technik in kurzem Abstand jeweils für eine viertel Stunde, dann werden Sie merken, dass Sie die wichtigen Passagen der Texte auf diese Art gut aufnehmen können. Bei etwas mehr Übung werden Sie sich später nur noch vorgeben, dass die Augen zwei-, drei- oder viermal pro Zeile anhalten, ohne dass Sie den genauen Fixationspunkt innerhalb jeder Zeile vor-

## Schneller lesen, mehr behalten

Rationelle Lesetechniken und effizientere Lesestoffverarbeitung

**(BS/Christian Peirick)** Haben Sie sich schon öfters gewünscht, Ihren Lern- und Lesestoff in viel kürzerer Zeit aufnehmen zu können? Der Wunsch nach einer Lesetempo-Beschleunigung ist, gerade wenn im Beruf oder auch im privaten Bereich die Lesemengen überhand zu nehmen scheinen, ein nur zu verständlicher Wunsch. Wie aber könnte ein solches Geschwindigkeitstraining für Sie aussehen? Wichtig ist zunächst die Erkenntnis, dass die Augen anhalten müssen, um Informationen aus einem Text aufnehmen zu können. Im nächsten Schritt geht es darum, Ihre Lesehemmnisse zu reduzieren.



Christian Peirick ist stellvertretender Referatsleiter beim rheinland-pfälzischen Innenministerium. Seit 1998 leitet er Seminare zum Thema "Rationelle Lesetechniken". Foto: BS/Archiv

diese Rücksprünge meistens gar nicht, da das Gehirn die Infos schon aufgenommen hat und vielleicht nur noch mit der Verarbeitung hinterherhinkt. Das ist wie bei der Frage "Wie bitte?", bei der die Aussage nicht wiederholt werden muss, wenn nur ein oder zwei Sekunden mit einer Reaktion gewartet wird.

Schließlich sei an dieser Stelle aufgeräumt mit der Irrmeinung, einen schlechten Leser könne man am Einsatz einer Lesehilfe, wie etwa dem Finger, erkennen. Unsere Augen folgen nämlich einem Reizschema, auf dessen höchster Ebene die Bewegung steht; danach folgen Geräusche, Farben, Formen und – als deren Unterform – die Buchstaben. Wenn also das Auge durch Zeilen wandert, gelingt ihm die Informationsaufnahme viel besser mithilfe einer durch den Text geführten Lesehilfe, die die Stellen vorgibt, an denen das Auge anhalten soll.

her einheitlich festlegen. Eine weitere Lesebeschleunigung bewirkt die Verringerung der Fixationsdauer. Sie wenden vermutlich eine Sekunde auf, um bei einer Fixation die Informationen aufzunehmen und zum nächsten Augenhalt zu springen. Erforderlich sind aber nur 0,25 Sekunden. Ziel sollte es sein, in einer Sekunde zumindest zwei Augenhalte zu schaffen.

Sehr störend und zeitaufwändig sind auch Regressionen, das heißt Rücksprünge der Augen zu Textstellen, an denen die Augen schon angehalten haben. Grund hierfür ist oft Unkonzentriertheit. Dabei benötigen Sie

Autor stellen, die Sie beantwortet haben wollen, oder notieren, was Sie zum Thema bereits wissen. Danach ist der Text zunächst einmal zu überfliegen, wobei Sie oft feststellen werden, dass Sie den Text gar nicht (komplett) lesen müssen.

Neben den Fragen an den Text wirkt es auch motivationsfördernd, wenn Sie vom Textinhalt selbst betroffen sind oder aber zumindest eine solche Selbstbetroffenheit konstruieren. Und Texte, die Sie motiviert lesen, lesen Sie automatisch konzentrierter und behalten mehr davon. Steigern können Sie die Konzentration dann noch durch das Notieren einer zusammenfassenden Überschrift neben jedem Absatz. Diese Überschriften können Sie zugleich verwenden für Ihre Notizen zum Textinhalt, die Sie ruhig einmal anders, zum Beispiel in MindMap-Form, gestalten sollten.

Wenn Ihnen das immer noch nicht reicht, kommt das Erlernen fortgeschrittener Lesetechniken infrage. Dazu wird dann aber entweder der Kauf eines Buches oder aber der Besuch eines Seminars erforderlich sein. Ein solches Seminar wird speziell für Leser des Behörden Spiegel vom 15. bis 16. März 2010 in Bonn angeboten.

Weitere Informationen unter: [www.fuehrungskraefteforum.de](http://www.fuehrungskraefteforum.de)

**Behörden Spiegel:** Renten Service und Deutsche Post werden immer in einem Atemzug genannt. Warum ist das so?

**Ringling:** Weil das von Beginn an zusammengehörte. Ausgangspunkt war die Einführung der Sozialversicherung durch die Reichsregierung unter Bismarck. 1885 trat das Unfallversicherungsgesetz in Kraft – der Start der Auszahlung von Unfallrenten im gesamten Deutschen Reich. 1891 kam dann die Auszahlung der Altersrenten hinzu. Da stellte sich die Frage der Abwicklung: Wer kann diese Auszahlungen bewältigen? Die Post war die einzige Organisation, die das flächendeckend und bürgernah erfüllen konnte.

**Behörden Spiegel:** Seitdem hat sich viel verändert.

**Ringling:** In der Tat. Früher, zu Ururmas Zeiten, erfolgte die Auszahlung noch per Hand. Heute übernimmt das natürlich eine moderne technische Plattform. 99,9 Prozent der Inlandszahlungen erfolgen vollautomatisch. Das wäre auch gar nicht anders machbar.

Der Renten Service bearbeitet jeden Monat gut 25 Millionen Zahlungen für Rentempfänger, davon gehen etwa 1,5 Millionen ins Ausland.

Pünktlich am Monatsletzten gehen bis Mittag 15 Milliarden Euro von den Banken der Leistungsträger auf dem Konto des Renten Service ein und werden bis nachmittags restlos an die Rentempfänger ausgezahlt. Das schafft keine Bank.

**Behörden Spiegel:** Es geht also um Schnelligkeit.

**Ringling:** Bei gleichzeitiger absoluter Verlässlichkeit. Die pünktliche und korrekte Auszahlung ist jedoch nur der sichtbare Teil des Eisbergs. Nehmen

**(BS)** Seit 1885 übernimmt der Renten Service die Auszahlung von Renten. Der Behörden Spiegel sprach aus diesem Anlass mit Uwe Ringling, Geschäftsbereichsleiter des Renten Service bei Deutsche Post DHL, über Geschichte, Gegenwart und Perspektiven des Unternehmens.

Sie nur die regelmäßige Renten Anpassung. Über die neu festgelegte Höhe müssen die Empfänger rechtzeitig informiert werden. Und das ist nur eine Aufgabe von vielen.

Das Gesamtpaket ist eine enorme administrative Leistung. Dazu braucht es erfahrene, hoch spezialisierte Mitarbeiter. Und natürlich die richtige Infrastruktur. Ein solcher Aufwand ist nur mit modernster IT kosteneffizient zu bewältigen.

**Behörden Spiegel:** Modernster IT, was meinen Sie damit?

**Ringling:** Unsere IT ist ein wesentlicher Baustein unserer Leistungsfähigkeit. Sie wird ständig auf dem aktuellen Stand gehalten und die Systemarchitektur ist so angelegt, dass sich beispielsweise Gesetzesänderungen schnellstmöglich einpflegen lassen. So stellen wir sicher, dass unsere Kunden immer gesetzeskonform handeln. Gleichzeitig werden strengste Datenschutzrichtlinien eingehalten, insbesondere für die personenbezogenen Daten. Natürlich sind wir auch für die Rentempfänger im digitalen Zeitalter angekommen: mit einem eigenen Online-Portal. Unter [www.rentenservice.de](http://www.rentenservice.de) können Rentempfänger ihre Daten aktualisieren, zum Beispiel bei einem Umzug, oder wenn sich die Bankverbindung geändert hat. Das ist ein Service, der heute einfach zum Standard gehört.

**Behörden Spiegel:** Es hat sich aber noch mehr geändert: Aus Reichspost und Deutscher Bundespost wurde 1995 ein privates Unternehmen und damit auch

der Renten Service. Was bedeutet das für Ihr Leistungsspektrum?

**Ringling:** Der Renten Service bietet seine Leistungen allen Unternehmen und Einrichtungen an, und zwar für alle Arten von Versorgungsbezügen, also neben der gesetzlichen Rente auch Pensionen und Betriebsrenten inklusive der Riesterzulagen.

**Behörden Spiegel:** Ist das Neuland für Sie?

**Ringling:** Nein. Zum Beispiel die Beamtenversicherung. Hier sind wir für die Verwaltung und Auszahlung von rund 175.000 Pensionen zuständig, vornehmlich von Ruhestandlern der ehemaligen Deutschen Bundespost und der Postbank bzw. ihren Hinterbliebenen. Wir berechnen die Bruttobezüge, pflegen die Personenstammdaten und führen mit anderen Versorgungsträgern den Lastenausgleich durch. Dazu erstatten wir Aufwendungen von Rentenversicherungsträgern aus begründeten Rentenanwartschaften, erteilen Widerspruchsbescheide und vieles mehr. Dieses spezielle Know-how in der Beamtenversicherung bieten wir auch anderen Unternehmen und Institutionen an.

**Behörden Spiegel:** Dann ist da noch das weite Feld der Betriebsrenten.

**Ringling:** Diese Aufgaben erfüllen wir sogar schon seit 1925. Heute gehören sowohl internationale Konzerne als auch mittelständische Unternehmen zu

unseren Kunden. Aktuell verwalten wir bei den Betriebsrenten über 900.000 Anwartschafts- und Auszahlungskonten. Hinzu kommt seit 2002 die private Altersvorsorge mit rund 760.000 Riesterverträgen. Unsere IT-Systeme basieren hier auf einer SAP-HR-Lösung und sind um zahlreiche zertifizierte Komponenten ergänzt worden. Die Plattform ist revisions- und mandantenfähig, und wir erstellen Reportings für Buchhaltung und Bilanzbewertung. Mit dieser Gesamtkompetenz bieten wir Unternehmen das ganzheitliche Versorgungsmanagement an, entweder vollständig oder in einzelnen Modulen, ganz nach Bedarf.

**Behörden Spiegel:** Eignet sich denn das Versorgungsmanagement überhaupt für ein Outsourcing?

**Ringling:** Absolut. Es ist eine klassische Administrationsaufgabe, die nicht in den Kernbereich eines Unternehmens oder einer Verwaltung fällt. Also müssen spezielle Kapazitäten gehalten oder gar aufgebaut werden, die nicht wirtschaftlich sind. Dazu kommt, dass die Komplexität der Rentenverwaltung ständig wächst: die Zahl der Rentempfänger schon aufgrund der demographischen Entwicklung. Hinzu kommen immer neue Regelungen und Rentenarten – seit 2002 insbesondere die Riesterrente. Komplexität und Neuerungen erfordern dann schnell neben der eigenen Verwaltung noch teure externe Beratung. Schließlich wird der Aufwand auch zunehmend schwieriger kalkulierbar –

sowohl durch höhere Anforderungen an den Datenschutz als auch durch sich ständig verändernde Gesetze, deren Einhaltung die Chefetage verantwortet. Dieser zusätzliche Aufwand bringt das Kerngeschäft nicht voran.

**Behörden Spiegel:** Können Sie uns ein Beispiel geben?

**Ringling:** Nehmen Sie nur die Neuregelung des Versorgungsausgleichs. Rund ein Drittel aller Unternehmen hat noch kein Konzept, wie es damit umgehen soll. Da wartet man dann bis zum ersten Scheidungsfall und steht dann plötzlich unter Zeitdruck, weil man keine gültige Regelung hat, um Versorgungsausgleichsfälle termin- und sachgerecht zu bearbeiten.

**Behörden Spiegel:** Aber bei vielen Unternehmen und Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes gehört Verwaltung zur Kernkompetenz.

**Ringling:** Ja, aber eine moderne Verwaltung macht nicht mehr alles selbst, sondern arbeitet mit anderen Verwaltungen und Unternehmen zusammen. Auch hier müssen Sie für die spezielle Tätigkeit der Versorgungsverwaltung Ressourcen vom eigentlichen Kern abziehen. Und das bedeutet Kosten, die meist in keinem Verhältnis zur Effizienz stehen. Dieser Kostenfaktor wird häufig nicht als solcher erkannt, weil er eben immer schon da war und auch "Verwaltung" draufsteht. Hier liegen erhebliche Einsparpotenziale, die man in Zeiten leerer öffentlicher Kassen nicht übersehen sollte.

**Behörden Spiegel:** Ist eine solche Umstellung bzw. Auslagerung nicht mit neuem Aufwand verbunden?

**Ringling:** Der Aufwand ist überschaubar und liegt auf Wunsch in unserer Verantwortung: Wir entwickeln ein maßgeschneidertes Konzept, das sich exakt in die Verwaltungsprozesse unseres Kunden einfügt. Unsere Experten planen, begleiten und steuern den gesamten Prozess. Die Implementierung selbst erfordert in der Regel nur geringe technische Ressourcen.

**Behörden Spiegel:** Und die Vorteile?

**Ringling:** Kosteneffizienz, Planbarkeit, Transparenz. Dafür sorgen klar definierte Leistungen und Preise. Unser Basismodul deckt die gesetzlich geforderten Leistungen ab. Mit weiteren Leistungen lassen sich die Lösungen exakt an die Anforderungen des Kunden anpassen. Hinzu kommt ein Plus an Prozesssicherheit und Qualität, zum Beispiel durch die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit im Regelbetrieb oder die zuverlässige Anpassung an gesetzliche Änderungen.

**Behörden Spiegel:** In 125 Jahren hat sich der Renten Service enorm gewandelt. Wenn Sie einen Ausblick wagen: Wo geht die Reise hin?

**Ringling:** Die Zahl der Rentempfänger steigt, die Sozialgesetzgebung wird an Komplexität zunehmen. Und damit wird Expertenwissen im Versorgungsmanagement ein wertvolles Gut – die Aufgaben werden uns also nicht ausgehen. Auch erste Schritte nach Europa sind uns in Österreich und Italien bereits geglückt. Aber bei allem Wandel, eins ändert sich nicht: die pünktliche Zahlung der Rente.

„Jeder Beschäftigte im Öffentlichen Dienst hat einen Rechtsanspruch auf individuelle Fortbildung“, fordert Nils Kammradt, Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand. Hierfür müssten das notwendige Angebot, die notwendige Zeit und die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Der Rechtsanspruch sei die Voraussetzung, dass die Beschäftigten gleichberechtigt in die Konzeption dienstlicher Fortbildung einbe-

(BS/ck6) Wie sieht die Fortbildung im Jahr 2015 aus? Nils Kammradt vom DGB, Dr. Udo Heyder von der Baköv und Willi Russ von der DBB Akademie entwerfen für den Kongress „Qualität in der dienstlichen Fortbildung“ Forderungen für ein fortbildungsfreundliches Klima in Behörden.

gen kein Angstfaktor mehr sind, weil durch das Prinzip lebenslanges Lernens die notwendigen Fertigkeiten und Fähigkeiten in jeder Altersphase durch Fort- und Weiterbildung erworben werden könnten. Lebenslanges Lernen sei in einer alternden Gesellschaft und noch mehr in einem Öffentlichen Dienst, dessen Altersstruktur hoch problematisch ist, fast schon Ausdruck einer Überlebensstrategie.“

#### Systematische Personalentwicklung

Dr. Udo Heyder von der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung entwirft in seinen Thesen ein „Fortbildungsparadies“. Im Jahr 2015 werden bei allen Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung von vornherein die notwendigen Fortbildungsmaßnahmen mit eingeplant. In jeder Behörde werde es für alle Arbeitsplätze konkrete Anforderungsprofile geben. Diese Anforderungsprofile würden zum einen eine systematische

## Selbst Vorbild sein

### Forderungen zur dienstlichen Fortbildung

Personalentwicklung ermöglichen und zum anderen jedem Einzelnen die Chance geben, seine persönliche berufliche Entwicklung zu planen.

Neben diesen „paradiesischen Vorstellungen“ hält Heyder drei Handlungsfelder allerdings für besonders wichtig: Das Image der dienstlichen Fortbildung in den Behörden müsse verbessert werden. Der Transfer müsse noch viel mehr in den Fokus rücken, um den Fortbildungsmaßnahmen nachhaltige Erfolge zu sichern. Außerdem müsse in Zukunft verstärkt auch das informelle Lernen unterstützt werden. „Experten schätzen, dass wir nur 30 Prozent dessen, was wir lernen, in Schulen, Universitäten und anderen formellen Bildungseinrichtungen lernen. 70 Prozent entfallen dagegen auf das informelle Lernen, also auf das Lernen im praktischen Lebenszusammenhang.“ Den Mitarbeitern müssten Lernzeiten eingeräumt und die Bildung von Lerngruppen und Expertennetz-

werken gefördert werden. Welchen Anforderungen sich Fortbildungsanbieter zu stellen haben, erläuterte Willi Russ, Vorsitzender der DBB Akademie.

#### Wirkungsmessung für Fortbildung

So müsste vor allem den Struktur- und Prozessaspekten der Fortbildung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dazu gehörten beispielsweise: die Konzentration auf Kompetenz- statt Wissensvermittlung; damit verbunden die Anerkennung von nicht formal erworbenen Kom-

petenzen; die stärkere Verknüpfung von Fortbildung mit Organisations- und Personalentwicklung; die Steigerung des Fortbildungsvolumens und der Fortbildungsbeteiligung (auch von Führungskräften) sowie eine Wirkungsmessung der Fortbildungsmaßnahmen, die den Namen auch verdient.

Russ fordert, dass Führungskräfte verpflichtet werden sollten, ihre Mitarbeiter „zur Annahme von Fortbildungsmöglichkeiten zu motivieren und darüber hinaus selbst Vorbild zu sein“. Andererseits bestehe seitens der

Beschäftigten ebenfalls die Verpflichtung, sich nicht fortbildungsresistent, sondern proaktiv zu verhalten. Nur wenn der Erwerb von Kompetenzen, Lernbereitschaft und die Fähigkeit, sich immer wieder neu zu motivieren bei allen Beteiligten an oberster Stelle stehe, „können die Zukunftsaufgaben erfolgreich bewältigt werden“, sagt Russ.



zogen würden. Außerdem müsse jeder Beschäftigte die Chance haben, berufsbegleitend einen Hochschulabschluss zu erwerben und die erworbenen Fachkenntnisse im Beruf anwenden zu können. Weiterhin wünscht sich Kammradt, dass grundlegende berufliche Veränderun-

## Streit um 1,1 Mrd. Euro

### Bundesagentur für Arbeit gegen Bundesfinanzminister

(BS/f) Die Bundesagentur für Arbeit wehrt sich gegen Wolfgang Schäubles Griff in die Tasche: Der Bundesfinanzminister hatte die Agentur aufgefordert, ein Guthaben von 1,1 Mrd. Euro aus Insolvenzmitteln der BA in den Haushalt von 2011 zu überweisen, um das Defizit vom Bund zu verringern. Dies hält die BA jedoch für rechtswidrig.

Aufgrund der gut verlaufenden Konjunkturentwicklung sind die vorgesehene Insolvenzge- der der BA nicht vollständig abgerufen worden. Das Insolvenzgeld dient der Absicherung von Arbeitnehmern, deren Firmen insolvent geworden sind. Im Gegensatz zu anderen Leistungen der BA wird es allein von Arbeitgeberseite finanziert. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurde die Umlage für das Jahr 2010 angehoben, da mehr Insolvenzen erwartet wurden. Der Bundesfinanzminister hatte deshalb im Bundestag angekündigt, den Bundeszuschuss zum Ausgleich des Defizits im allgemeinen Etat der BA um genau diesen Betrag zu kürzen.

Gegen diese Forderung setzt sich die BA zur Wehr. Laut § 72 der Bundeshaushaltsordnung hat die Agentur die Möglichkeit, Restmittel durch den Verwal-

tungsrat in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen, wie die Agentur mitteilte. Zudem sei die Verwendung des Insolvenzgeldes gesetzlich zweckgebunden. Wegen des Überschusses wird in diesem Jahr die Insolvenzgeld-Umlage ausgesetzt. Sollten die Gelder anderweitig verwendet werden, müssen künftige Insolvenzen aus den laufenden Beitragseinnahmen zur Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. In den Jahren 2008 und 2009 durch Rücklagen der BA gedeckt werden. Das Haushaltsdefizit in Höhe von 4,3 Mrd. Euro soll durch die Aufnahme eines rückzahlbaren Darlehens gedeckt werden, wie der Verwaltungsrat in dem erneut festgestellten Haushaltsplan beschlossen hat. Dieses Darlehen muss zukünftig aus den Beitragsaufkommen zurückgezahlt werden.

Die BA rechnet 2011 mit Ge-

samteinnahmen von 37,7 Milliarden Euro: ein Großteil davon aus Beitragseinnahmen (24,6 Milliarden Euro). Daneben beteiligen sich Bund und Länder über Einnahmen aus der Mehrwertsteuer mit gut acht Milliarden Euro an der Finanzierung der BA. Die geplanten Gesamtausgaben betragen 42 Mrd. Euro. Es besteht also eine Deckungslücke von 4,3 Mrd. Euro. Diese kann 2011 nicht mehr wie in den Jahren 2008 und 2009 durch Rücklagen der BA gedeckt werden. Das Haushaltsdefizit in Höhe von 4,3 Mrd. Euro soll durch die Aufnahme eines rückzahlbaren Darlehens gedeckt werden, wie der Verwaltungsrat in dem erneut festgestellten Haushaltsplan beschlossen hat. Dieses Darlehen muss zukünftig aus den Beitragsaufkommen zurückgezahlt werden.

137.508 Beamtenstellen weist die Personalübersicht des Bundeshaushaltes 2011 insgesamt aus. Etwa ein Neuntel (14.491) bei den Ministerien, 123.018 im nachgeordneten Bereich. Im Vergleich zum Vorjahr sind 140 Arbeitsplätze bei den obersten Bundesbehörden und 696 im nachgeordneten Bereich weggefallen. Doch die Streichungen sind nicht gleichmäßig auf alle Dienstgruppen verteilt. Während im höheren Dienst der Besoldungsordnung A und in der Besoldungsordnung B insgesamt 65 Stellen gestrichen wurden, sind im gehobenen Dienst insgesamt 84 neu geschaffen worden. Den 145 im nachgeordneten Bereich geschaffenen Arbeitsplätzen stehen 61 Streichungen in den Ministerien gegenüber. Der Hauptanteil fällt jedoch auf den mittleren Dienst mit 714 Stellen weniger. Auch im einfachen Dienst sind Abstriche (139 Positionen) zu verzeichnen. Von den Kürzungen sind die einzelnen Geschäftsbereiche unterschiedlich betroffen.

#### 362 beim BMI

Am deutlichsten von den Streichungen bei Beamten ist das Innenministerium betroffen. 362 Vollzeitbeschäftigte haben die Behörde verlassen. Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen sind es

201 und im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 133. Dabei fällt auf, dass vor allem die nachgeordneten Behörden der drei Ministerien betroffen sind. So sind im BMI 304, im BMF 175 und im BMVBS 125 Stellen bei nachgeordneten Behörden weggefallen. Anders hingegen die Situation im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Im nachgeordneten Bereich sind 147 Arbeitsplätze neu geschaffen worden. Der Bundesstag kann sich ebenfalls freuen. 16 Menschen können nach dem Etat des Parlaments einen neuen Vollzeitjob finden.

Der Bundesrechnungshof kann 20 neue Stellen aufbauen, im nachgeordneten Bereich jedoch muss er 24 einsparen. Keine zusätzlichen Beamten gab es für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bundesminister Dirk Niebel hatte im vergangenen Jahr für die Zusammenlegung der Institutionen der Entwicklungshilfe laut Medienberichten zufolge 210 neue Stellen gefordert. Nach der Personalübersicht des Bundeshaushaltes 2011 sind im BMZ jedoch drei gestrichen worden.

#### BMVG: 1.920 Arbeitsplätze weniger

Bei den Arbeitnehmern hat sich

die Zahl der Jobs von 123.228 im Jahr 2010 auf 120.244 verringert. Die Zahl der Tarifbeschäftigten bei den Ministerien hat sich von 7.718 im Jahr 2010 auf 7.512 in diesem Jahr reduziert. Im nachgeordneten Bereich sind von den 115.510 Stellen des letzten Jahres 2.778 gestrichen worden. Der Großteil entfällt auf den Geschäftsbereich des BMVG. Insgesamt 1.920 Arbeitsplätze, 70 im Ministerium und 1.850 bei nachgeordneten Behörden fallen in diesem Jahr weg. Im Vergleich dazu fallen die Kürzungen beim BMVBS (351, davon 35 im Ministerium) und im BMI (345 im nachgeordneten Bereich) vergleichsweise klein aus. Ebenso beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, der zukünftig im nachgeordneten Bereich mit 84 Stellen weniger auskommen muss.

#### Kaum Veränderungen

Lediglich geringe Veränderungen gab es bei den beschäftigten Professoren, Dozenten und Assistenten des Bundes, für die 514 Arbeitsplätze vorgesehen sind. Acht, alle im nachgeordneten Bereich des BMVG, sind eingespart worden. Bei den Richtern und Staatsanwälten kam es im Bundesministerium der Justiz zu einer Streichung auf 568 Plätze.

## Praxisseminare 2011 Jetzt vormerken Termine Februar/März!

### ► Beförderungsauswahl vor Gericht

Aktuelle Entwicklung in der Rechtsprechung der Berliner Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Beförderungsauswahl

16. Februar 2011, Berlin

#### Ihre Referenten

Dr. Christoph Heydemann, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Berlin, Vorstandsvorsitzender des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter  
Rechtsanwalt Dr. Gerhard Michael, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Kanzlei HÜLSEN MICHAEL HAUSCHKE  
Rechtsanwältin Dr. Lisa von Laffert, Kanzlei HÜLSEN MICHAEL HAUSCHKE

### ► Schneller Lesen, mehr behalten

Rationelle Lesetechniken und effizientere Lesestoffverarbeitung

15.–16. März 2011, Bonn

#### Ihr Referent

Christian Peirick, stellvertretender Referatsleiter beim rheinland-pfälzischen Innenministerium; seit 1998 Leiter von Seminaren zum Thema „Rationelle Lesetechniken“

Anmelden unter: [www.fuehrungskraefte-forum.de](http://www.fuehrungskraefte-forum.de)

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe **fuehrungskraefte forum**